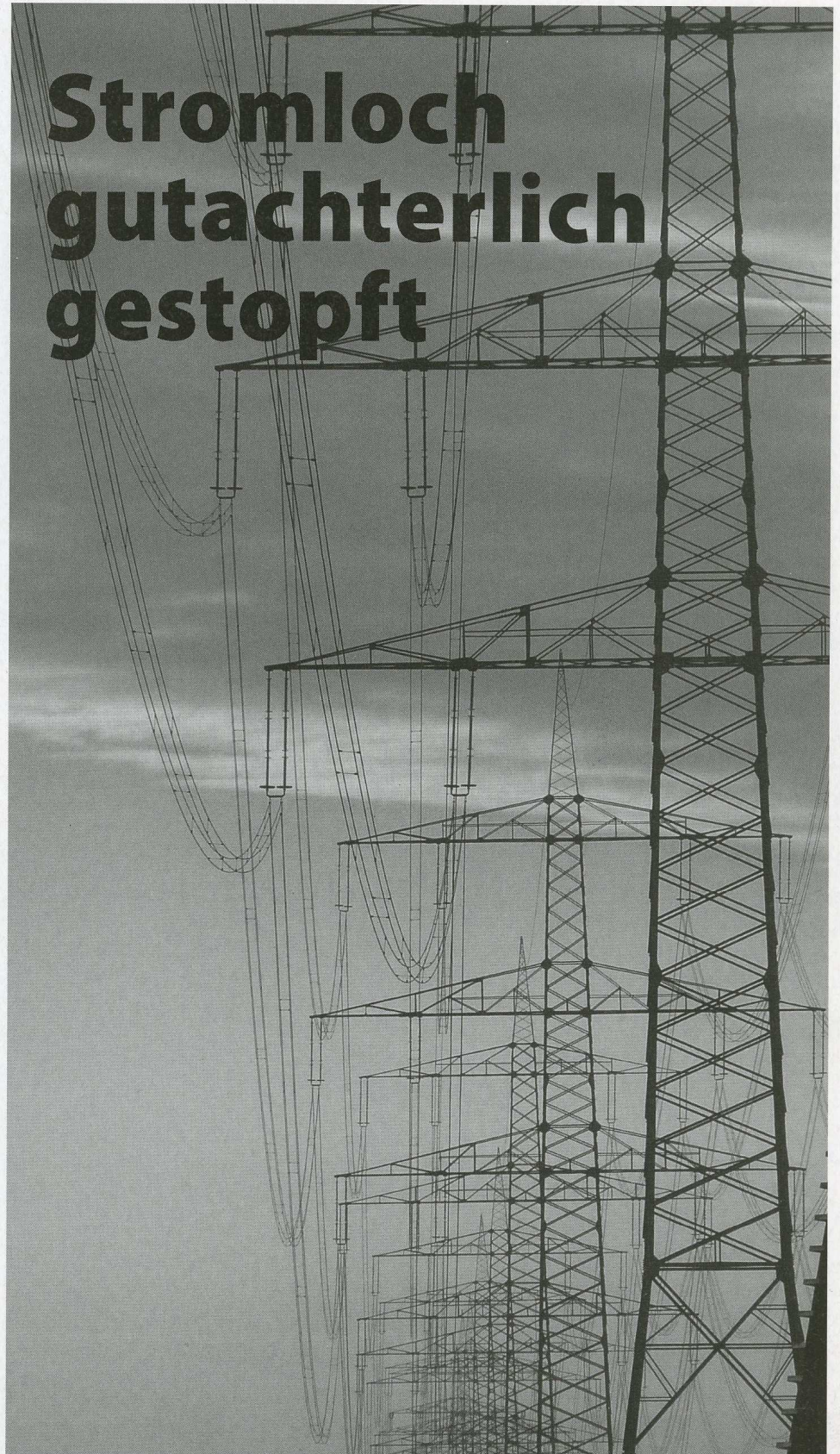


Seit Wochen beschwört die Stromindustrie die Gefahr einer „Stromlücke“ herauf, sollte es beim Atomausstieg bleiben. Die Konzerne stützen sich dabei auf eine Kurzanalyse der Deutschen Energieagentur (Dena), die Ende März vor einem drohenden Strommangel von 2020 an warnte. Dem widerspricht nun das Umweltbundesamt (UBA) und hält seine neue Kurzstudie dagegen. Darin rechnet Autorin Charlotte Loreck vor, dass unter Beibehaltung des gesetzlichen Zeitplans zum Atomausstieg trotz anstehender Stilllegungen von Kraftwerken genug Strom in Deutschland zur Verfügung stehen werde.

Voraussetzung dafür sei aber zum einen, dass der Stromverbrauch gegenüber 2005 um elf Prozent bis 2020 sinke. Zum anderen müssten bis dahin die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) auf 25 Prozent Stromanteil verdoppelt und die erneuerbaren Energien auf knapp 30 Prozent ausgebaut werden. Es bedürfe dazu aber „keiner zusätzlichen Kohlekraftwerke über die heute schon im Bau befindlichen Kraftwerke hinaus“, heißt es in der 18-seitigen Expertise. Die Frage, welcher Kraftwerkstyp gebaut wird, beeinflusst laut UBA-Studie maßgeblich der europäische Emissionshandel: Herkömmliche Stein- oder Braunkohlekraftwerke würden im Gegensatz zur KWK und Ökoenergien unwirtschaftlich.

„Eine Stromlücke ist nicht zu erwarten“, sagt UBA-Präsident Andreas Troge. Und wird dennoch weiter diskutiert. Sie entspringe einem „strategischen Kalkül“ der vier Konzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW, glaubt die Deutsche Umwelthilfe (DUH) zu wissen. Ziel der Unternehmen sei es, trotz Diskussion über den Klimawandel neue Kohlekraftwerke in großer Zahl ans Netz zu bringen und den Atomausstieg rückgängig zu machen. „Die der Dena-Analyse zugrunde gelegten Ausgangsdaten und Grundannahmen dienen dem offensichtlich vorgegebenen Ergebnis, eine möglichst große Stromunterversorgung für Deutschland zu prognostizieren“, sagt DUH-Geschäftsführer Rainer Baake. Wirkliche Probleme bestünden bei der Integration der Ökoenergien ins Stromnetz und bei der Umsetzung der Effizienzziele.



Stromloch gutachterlich gestopft

Fortsetzung von Seite 1

Auch der Umweltverband BUND hält die Behauptung einer Stromlücke für „unseriöse Panikmache“. Deutschland habe im Jahr 2007 Strom in der Größenordnung von zwei Atomkraftwerken exportiert, sagt BUND-Energieexperte Thorben Becker: „Und dies, obwohl mehrere AKW wegen technischer Probleme über Monate vom Netz genommen waren.“ Teilweise seien sieben AKW gleichzeitig außer Betrieb gewesen, ohne dass es zu den geringsten Engpässen bei der Stromversorgung gekommen wäre (s. UB 04/08, S. 10).

Wozu also das ganze Theater? Das, so sagt es Becker, sei der Kampf der großen Stromkonzerne um ihre marktbeherrschende Stellung. Und die könnten sie nur behalten, wenn große, zentrale Kraftwerke in Deutschland die Regel blieben.

Derweil hat Bundesumweltminister Sigmar Gabriel dem RWE-Konzern nicht nur eine Übertragung von Reststrommengen auf den hessischen Meiler Biblis untersagt, sondern auch den Antrag des AKW-Betreibers abgelehnt, Strommengen des AKW Emsland in Lingen auf Biblis A übertragen zu dürfen, um das hessische Kraftwerk länger am Netz zu halten. Gabriels Begründung: „Zur Sicherstellung der Energieversorgung und zum Klimaschutz ist die Strommengenübertragung nicht erforderlich.“ Biblis A verfüge über weniger Sicherheitsreserven als das modernere AKW Emsland. RWE hatte beantragt, 30 TWh Strom statt im AKW Emsland in Biblis A erzeugen zu dürfen. Biblis A ist laut Umweltministerium (BMU) das älteste noch zur Stromerzeugung berechnigte deutsche AKW, Emsland das zweitjüngste.

Dem BMU ist das UBA untergeordnet. Daraus den Schluss zu ziehen, das Amt lasse sich mit seiner Kurzstudie für die energiepolitische Auseinandersetzung in der Regierung einspannen, greift nach DUH-Ansicht zu kurz. Denn das UBA plädiert auch für einen Planungsstopp neuer Kohlekraftwerke. So explizit hat man das aus dem Ministerium Gabriels noch nicht gehört. (tb)

► Die 18-seitige UBA-Kurzstudie *Atomausstieg und Versorgungssicherheit* erhalten Sie als PDF unter www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/atomausstieg.pdf

► Die Dena-Kurzanalyse der Kraftwerks- und Netzplanung in Deutschland bis 2020 (mit Ausblick auf 2030) erhalten Sie als PDF unter www.dena.de/fileadmin/user_upload/Download/Dokumente/Meldungen/2008/Kurzanalyse_KuN_Planung_D_2020_2030_Kurzfassung.pdf

► Ein Argumentationspapier des BUND (*Es gibt keine Stromlücke*) gibt's unter www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/klima/20080327_klima_keine_stromluecke_klimafakten.pdf

Inhalt

Titel.....	1
Fortsetzung des Titels	2
Inhalt / Ein Foto	2
Aus den Kommunen.....	3
Aus Politik und Verbänden	4
Publikationen	5
Abfall.....	6
Immissionsschutz.....	7
Energie.....	8
Klima	9
Naturschutz.....	10
Umweltmanagement.....	11
Hintergrund	12
Interview.....	13
Trends.....	14
Bürgerinfo	15
Veranstaltungen / Impressum ...	16

Elektroschrott

Obwohl immer noch die Hälfte des kleinteiligen Elektroschrotts hierzulande im Restmüll landet, liegt Deutschland damit in Europa an der Spitze. EU-weit wird nämlich nur jedes vierte Haushaltsgerät verwertet: **Seite 6.**

Umweltrecht

Seit Ende der 70er Jahre wird über ein Umweltgesetzbuch (UGB) diskutiert. Damit will der Bund weite Teile des deutschen Umweltrechts zusammenfassen. Es ist ein Mammutprojekt. Nun hat die Regierung dazu einen Entwurf vorgelegt – und darüber wird heftig gestritten auf **Seite 12 und 13.**

Frühjahrsputz

Der Frühling ist da – für viele die Gelegenheit, Haus oder Wohnung zu entrümpeln und den Winter hinaus zu feigen. Wer nicht nur Wert auf große Sauberkeit legt, sondern auch an unsere Umwelt denkt, sollte einige Hinweise befolgen auf **Seite 15.**

Ein Foto – und was dahinter steckt

Millionen Bäume retten Gorillas



Foto: Martin Harvey

Der Umweltstiftung WWF ist es in den vergangenen zehn Jahren gelungen, rings um den Virunga Nationalpark im Osten der Demokratischen Republik Kongo zehn Millionen Bäume zu pflanzen. „Die WWF-Plantagen liegen wie Schutzgürtel um den Nationalpark“, sagt WWF-Mann Stefan Ziegler. „Sie geben den Menschen Arbeit sowie das dringend benötigte Brennholz und sichern den Lebensraum der stark bedrohten Berggorillas.“ Das Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der EU fortgesetzt. In den kommenden fünf Jahren sollen weitere 2000 Hektar Wald entstehen. (tb)